

Der Auftrag der Handke-Delegation

SED weicht Wiedervereinigungsfragen aus — Die Zone blickt nach Genf

Seit Montag tagen in Genf die führenden Staatsmänner des Westens und der Sowjetunion. Ziel ihrer Beratungen soll die internationale Entspannung sein und — damit unlosbar verbunden — die Klärung der Deutschlandfrage. Für die Deutschen in Ost und West kann nur die Wiedervereinigung eine solche Klärung bringen. Die Bundesregierung hat das unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Sie spricht damit im Namen der Sowjetzonen-Bevölkerung, die keine von ihr gewählten Vertreter nach Genf entsenden kann. Welchen Auftrag aber hat die sowjetzonale Regierungsdelegation, die in Genf mit den Sowjets „beobachtenden Kontakt“ halten will? Und wie stellt sich die SED offiziell und insgeheim zur jetzt akut werdenden Frage der Wiedervereinigung?

18 Millionen Menschen, die am Radio den Konferenzberichten westlicher Rundfunksender lauschen, beobachten mit steigender Unruhe eine dieser Frage ausweichende Haltung der SED. Die SED, die sich grundsätzlich gegen eine Wiedervereinigung auf Grund freier Wahlen wehrt, hat in ebenso grundsätzlichen Erklärungen die Wiedervereinigung als ein zweitrangiges Problem bezeichnet.

Sie stützt sich dabei auf die Konferenzabsicht der Sowjetdelegation, die in erster Linie über internationale Abrüstungsfragen verhandeln will.

„Zeitpunkt ungelegen“

Die SED geht davon aus, daß ihre gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation die denkbar ungünstigste für Verhandlungen ist. Um es auf einen Nenner zu bringen: Sie will in ihrer Zone zuerst vollendete Tatsachen schaffen, ehe über sie am internationalen Konferenztisch entschieden werden soll.

Das heißt: Ende 1955 hat die KVP ihre vorläufige Sollstärke erreicht. Zum gleichen Zeitpunkt ist die Umgruppierung der halb-militärischen Verbände abgeschlossen, womit die SED über knapp eine Million (!) an Infanteriewaffen ausgebildeter Milizen verfügt, Anfang 1956

aber tritt der neue Volkswirtschaftsplan in Kraft, der bereits ein Bestandteil der koordinierten Ostblockrüstung ist. Mit diesem Terminplan steht und fällt die Existenz der SED, denn: Erst danach kann sie mit einer wirtschaftlichen Unterstützung ihrer östlichen Nachbarländer rechnen, ohne die sie auch politisch nicht mehr lebensfähig ist.

Was dahintersteckt

Was die SED anstrebt, ist der jetzt vielzitierte „Status quo“. Das heißt: Sie will, daß das jetzige unnatürliche Verhältnis der Spaltung Deutschlands aufrechterhalten bleibt, bis sich für sie „günstigere Verhandlungsbedingungen“ ergeben. Ihr Ziel ist das Nebeneinanderleben zweier deutscher Staaten, von denen der westliche möglichst unbewaffnet sein soll. Gestützt auf eine inzwischen militärisch geschulte Zivilmiliz („Gesellschaft für Sport und Technik“, FDJ und „Betriebs-Kampfgruppen“) würde die SED dann sogar eine Schein-Reduzierung ihrer offiziellen militärischen Verbände zustimmen. Das alles mit dem Endziel, eines Tages ganz Deutschland zu „demokratisieren“, wie sie es nennt.

Das ist der wahre Grund, warum die SED die Frage der Wiedervereinigung in Genf nicht zur Sprache kommen

lassen will. Indem sie behauptet, diese Frage sei nur durch innerdeutsche Verhandlungen „von Staat zu Staat“ zu regeln, plädiert sie bereits offen für den Status quo und möchte das alte Spiel von vorn beginnen, wonach es statt freier Wahlen „Kulturgespräche“ und „Austausch von Arbeiterdelegationen“ geben soll.

In diesem Sinne hat die SED ihren „Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten“, Handke, mit einer Delegation von „Beobachtern“ nach Genf geschickt. Handke ist Außenhandelsfachmann. Sein Auftrag besteht darin, über die jetzt zum Zentrum internationaler Gespräche gewordene Schweiz Verbindung mit kleineren Staaten aufzunehmen, denen er über ausgedehnte Handelsangebote die offizielle Anerkennung der Sowjetzonenregierung nahelegen soll.

Handke hat zu diesem Zweck Vollmachten, die er je nach dem Stand der Genfer Verhandlungen — nach Weisung der Sowjetdelegation — anwenden kann. Die Wiedervereinigung jedoch liegt völlig außerhalb des Interessen- und Möglichkeitsbereiches der SED-Vertreter bei der Genfer Konferenz.

Anwalt der Sowjetzone

Hier nimmt die Bundesregierung die Interessen der Sowjetzonenbevölkerung wahr. Mit Unterstützung der Westmächte hat sie dafür gesorgt, daß die Forderung der Deutschen nach Wiedervereinigung nicht in den Debatten über internationale Abrüstungsfragen untergeht. Wie sie ungeachtet aller kommunistischen Drohungen und Lockrufe ihre Politik bis zur Genfer Konferenz geführt hat, wird sie nun auch die Forderung nach Wiedervereinigung verfechten.

Genf — und was weiter?

D. T. In Genf ist gerade der Mann nicht dabei, der sich seit Jahr und Tag immer wieder mahndend für eine derartige Zusammenkunft der vier Großmächte eingesetzt hat: Churchill. Sir Winston hatte erstmalig im Frühjahr 1953 von der Notwendigkeit einer ost-westlichen Begegnung gesprochen, die durch den unmittelbaren menschlichen Kontakt von Staatsoberhaupt zu Staatsoberhaupt das Eis auftauen sollte. Aber damals wurde noch gekämpft, und kein wärmender Windstoß war vom Osten spürbar. Das ist inzwischen anders geworden. Seit Beilegung des Indochina-Krieges hat sich das Klima wesentlich verbessert.

Es ist wie nie zuvor geeignet zu einer ergebnisreichen Aussprache. Keine Großmacht kann auf die andere einen Druck ausüben, wie es etwa im vorigen Jahr in Genf geschah, als Frankreich unter allen Umständen einen Krieg zu beenden hatte. Keine Großmacht ging also gereizt oder nervös in diese Konferenz. Und keine Großmacht steht unter Zeitdruck. So erfreulich ist die Atmosphäre auch sein mag — in diesem Keine-Eile-Haben liegt auch eine Gefahr. Die Gefahr nämlich, daß es bei dem „friedlichen“ Kontakthalten bleibt.

Klare Aufgabe

Das Ziel bleibt, durch Überwindung des Mißtrauens zu einem europäischen Sicherheitssystem zu gelangen, dessen natürliche Voraussetzung die Beseitigung des Unsicherheitsfaktors in der mißlichen Gestalt der deutschen Spaltung ist. Darüber sind in den letzten Wochen so viele grundsätzliche Betrachtungen angestellt worden, daß hier nur noch auf die Erklärungen von Regierung und Opposition in Bonn verwiesen werden muß, weil sie kurz und knapp das deutsche Resümee aller Überlegungen ziehen: ein reales, entspannendes Sicherheitssystem ohne Wiedervereinigung gibt es nicht. Mit Befriedigung muß festgestellt werden, wie weitgehend dieser Standpunkt verstanden und so-

gar im Westen voll akzeptiert wird. Der Weg zu diesem Ziel mag gewunden sein, aber solange die besagte Sicht bleibt, kann er nicht im politischen Dschungel versacken. Alle Großmächte, auch die Sowjets, haben sich eine Elastizität bewahrt und keine starren Ausgangspositionen bezogen. Selbst die Angriffe Moskaus auf die Westeuropäische Union und NATO sind erwiesenermaßen nicht unabänderlich und schließen nicht aus, ein neues gemeinsames Sicherheitssystem für die westlichen und östlichen Staatengruppen zu finden, das die notwendige Rüstungsbegrenzung gewährleistet.

Sondertour Pankows

In diesem System muß das vordringliche Sicherheitsbedürfnis des wiedervereinten Deutschlands voll befriedigt sein. Ein Neutralisierungsversuch Deutschlands durch die Sowjets würde nicht nur eine empfindliche Lücke im gesamteuropäischen Sicherheitssystem lassen, sondern auch sofort das Mißtrauen gegen Moskau wecken, das mit einem solchen neutralisierten Deutschland zu gegebener Stunde leichtes Spiel zu haben glaube. Es muß anerkannt werden, daß Bulganin und Chruschtschow sich sehr bemüht haben, die Konferenz günstig starten zu lassen; Molotow dürfte alles vermeiden, um diesen guten Eindruck durch irrealer und neues Mißtrauen gebärende Vorschläge wieder zu verwischen. Denn wer davon einzig und allein profitieren würde, das sind die SED-Machthaber in Pankow. Für sie gibt es nur zwei Hoffnungen: ein unsicher-ungesichertes, neutralisiertes Gesamtdeutschland oder eine Verhärtung des Status quo deutscher Spaltung mit Fortbestand der „DDR“. Alles andere würde ihre politische Existenz beenden. Kein Wunder, aber höchst aufschlußreich ist es deshalb, wenn in diesen Wochen, da die Presse der Westmächte, der Bundesrepublik und die der Sowjetunion sich der Polemik weitgehend enthält und selbst die „Prawda“ die entgegenkommenden Erklärungen Bulganins nicht ad absurdum führt — es allein die sowjetzonale Publizistik nicht

unterläßt, durch die üblichen ausfallenden Wortattacken gegen Adenauer und die westlichen Großmächte nach Möglichkeit die Kalte-Krieg-Periode zu verlängern.

Das Fernziel

Doch es genügt keinesfalls, im Hinblick auf Genf nur wie gebannt auf die sich abzeichnenden Möglichkeiten eines europäischen Sicherheitssystems zu starren. Gewiß ist die Lösung dieses militärischen Problems am schwierigsten, zumal sich hier unmittelbar der gute Wille zu zeigen hat, der theoretisch von allen Teilnehmern bekundet wird und in der deutschen Frage am deutlichsten und zuallererst praktiziert werden muß. Gelingt es, dieses System zu schaffen, dann ist zwar das notwendigste Ziel erreicht, aber es gewinnt dann ein weiteres Ziel sehr deutliche Konturen, das jetzt noch als Fernziel vor uns liegt: Hebung des allgemeinen Lebensstandards.

Ein französisches Angebot fand damals während des Kalten Krieges östlicherseits keine Erwidrerung. Heute hat Eisenhower einen Höhepunkt allseitiger Anerkennung und Popularität in Amerika erreicht, und nicht nur dort. Gelingt die Überwindung des Mißtrauens durch ein Sicherheitssystem mit deutscher Wiedervereinigung, dann wird sich das Eisenhower-Angebot in die Tat umsetzen lassen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Bulganin in seiner Pressekonferenz sehr betont ansprach, wird der Zusammenarbeit in der Sicherheitsfrage geradezu automatisch folgen. Es würde dann nicht mehr wie jetzt vorkommen, daß im mitteldeutschen Gebiet die Fleischversorgung zusammenbricht, daß in den Agrarländern Ungarn und Polen die Menschen nach Brot Schlange stehen, daß weite fruchtbare Gebiete der Welt trotz der ständig wachsenden Geburtenzahl ungenutzt liegen und eine weltweite friedliche Ausnutzung der Atomenergie unterbleibt. Haben die Sowjets die große Chance erkannt, die gerade ihnen geboten wird? Die Menschen in West wie in Ost hoffen es. Genf wird eine Antwort geben.

Keine Sicherheit ohne Einheit!

Erklärungen des Bundeskanzlers und Ollenhauers zu Genf

Bonn (AP/DPA). Bundeskanzler Adenauer und der SPD-Vorsitzende Ollenhauer haben im Bundestag im Hinblick auf die Genfer Viermächte-Konferenz übereinstimmend festgestellt, daß die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage der Spaltung Deutschlands für das deutsche Volk unannehmbar ist.

Der Bundeskanzler erklärte: „Ein europäisches Sicherheitssystem, das die Beibehaltung der Teilung Deutschlands vorsieht, ist für uns unannehmbar. Ein solches System würde die Teilung Deutschlands für eine gar nicht zu unterschätzende Zeit festlegen. Es würde dadurch Europa keine Sicherheit geben. Auf der Außerachtlassung einer so tief im deutschen Volke verankerten Forderung kann niemals ein Sicherheitssystem aufgerichtet werden.“

Ollenhauer sagte im Namen seiner Fraktion, er begrüße den

Zusammentritt der Genfer Konferenz und hoffe, daß diese im Interesse der internationalen Entspannungen und der Lösung der Frage der Wiedervereinigung zu einem Erfolg führe. Seine Fraktion teile die Auffassung des Bundeskanzlers, daß ein europäisches Sicherheitssystem, das die Beibehaltung der Teilung Deutschlands vorsehe, für das deutsche Volk unannehmbar wäre. Aber gerade aus dieser Überzeugung heraus sei es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Zeit zum Handeln in der Frage der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands gekommen sei.

Wehrgesetz unter Dach und Fach

Einig in den Grundsätzen — Sachliche Debatten

Bonn (Eigenbericht). Das erste Wehrgesetz der Bundesrepublik, das Freiwilligengesetz, ist vom Bundestag verabschiedet worden. In britender Hitze kam es nochmals zu einer in der Sache heftigen Auseinandersetzung zwischen Koalition und Opposition. Dann begaben sich die Abgeordneten bis Anfang September in die Ferien.

In der Zwischenzeit wird mit der Aufstellung der 6000 Freiwilligen begonnen.

Die SPD versuchte noch einmal, ihre Gegensätze zur Regierungspolitik möglichst scharf herauszuarbeiten. Aber es wurde deutlich, daß ihre Alternative mehr und mehr zusammenschumpft. Die Entwicklung ist über viele Einwände der Opposition hinweggegangen. Einer ihrer hervorragenden Köpfe, Erler, trug als einziger dem Rechnung, als er ausrief, „wenn schon die Verträge unterzeichnet sind“, möge die Bundesregierung nun dieselbe Energie wie an die Verwirklichung der Verträge für eine konstruktive Politik der Entspannung einsetzen.

Die Sprecher der Regierungsparteien, voran Adenauer und die Bundesminister Blank,

Schroeder und Strauß, vermieden offensichtlich mit großem Bedacht, in die Auseinandersetzung mit der Opposition Schärfen hineinzutragen. Bei Strauß wurde dieses Bemühen am deutlichsten, als er bei Beginn seiner Ausführungen erklärte, Regierung und Opposition seien sich in den entscheidenden Grundsätzen einig: Verhinderung eines Krieges um jeden Preis, aber ein Höchstmaß von Bereitschaft für den Ernstfall. Nur über die Methode, wie das zu verwirklichen sei, vermöge man sich nicht einig zu werden.

Ruhiger Urlaubsort für Adenauer

Aber ständiger Kontakt mit der Genfer Konferenz

Bonn (DPA). Adenauer reiste am Montag zu einem sechswöchigen Erholungsaufenthalt in die Schweiz. Er wird in seinem Ferienort Müren im Berner Oberland eine Privatvilla bewohnen. Das „Chalet“ (Schweizerhäuschen) wurde dem Bundeskanzler von der Witwe des vor mehreren Jahren verstorbenen Schweizer Chirurgen Dr. Scabel zur Verfügung gestellt.

Oberster US-Richter besuchte Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Der Oberste Bundesrichter der USA, Earl Warren, stattete in Begleitung von Botschafter Conant Berlin einen Besuch ab. Er wurde vom Regierenden Bürgermeister Suhr in Gegenwart des Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Endres, im Schöneberger Rathaus empfangen. Warren zeichnete sich in das Goldene Buch ein und empfing als Erinnerung eine Nachbildung der Freiheitsglocke.

Schikanen gegen Wassersportler

Berlin (AP). Sportboote aus Westberlin dürfen nicht mehr von ihren Besitzern auf dem Wasserwege durch die Zone nach der Bundesrepublik begleitet werden. Es können wohl die Boote mit Warenbegleitscheln nach Westdeutschland übergeführt werden. Die Besitzer müssen jedoch auf dem Landwege reisen.

Viele Westberliner, die privat oder zur Teilnahme an Regatten in die Bundesrepublik fuhren, hatten bisher die Boote im Schleppe auf dem Wasserwege selbst durch die Zone gebracht. Dies ist jetzt von der Vopo untersagt worden.

Zwei Minuten Besinnung

Berlin (Eig.) Zur Besinnung auf das Schicksal Deutschlands und zur Bekundung des Willens zur Wiedervereinigung ruhten am Montag, dem Tag des Konferenzbeginns in Genf, um 12 Uhr in der Bundesrepublik und in Westberlin zwei Minuten lang Arbeit und Verkehr.

Der Bundeskanzler hat sich mit dem 1650 Meter hoch gelegenen Müren einen der ruhigsten und schönsten Ferienorte der Schweiz ausgesucht. Mit der westdeutschen Beobachterdelegation in Genf wird er in ständigem Kontakt bleiben. Diese Delegation soll während der Konferenz von den Westmächten laufend in Deutschland-Fragen konsultiert werden.

Nicht nur Kommunisten vertrauen!

Telegramm des Parteitages der Exil-CDU an die Großmächte

Göttingen (Eigenbericht). Die Delegierten des Parteitages der Exil-CDU der Sowjetzone haben in Göttingen beschlossen, an Stelle einer Entscheidung ein Telegramm an die Leiter der Delegationen der vier Großmächte abzuschicken. Das Telegramm, das von den beiden Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer namens des Vorstandes unterzeichnet ist, hat folgenden Wortlaut:

„Die in Göttingen zum Parteitag versammelten Mitglieder der legalen Christlich-Demokratischen Union der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, die ihre Heimat verlassen mußten, bitten die zur Konferenz in Genf zusammengetretenen Staatsmänner in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands eine Lösung zu finden, die es uns gestattet, bald in unsere Heimat zurückzukehren und in Freiheit und Sicherheit der Wohlfahrt unserer Landsleute und dem Frieden der Welt zu dienen.“

Die Großkundgebung am Sonntag in der Pauliner Kirche wurde zu einer machtvollen Demonstration des Willens zur Einheit Deutschlands. Bundesminister Kaiser sprach die Hoffnung aus, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Genf zum zentralen Thema werde. Als ein selbstverständliches Lebensrecht bezeichnete Bundesminister Dr. Till-

manns die Forderung nach der Wiedervereinigung. Er appellierte an die Sowjetunion, Vertrauen zum ganzen Deutschland zu haben und nicht nur zu einer Handvoll Kommunisten.

Stehend und mit tiefer Ergriffenheit hörten die Teilnehmer der Kundgebung die Worte Ernst Lemmers, die er dem Gedenken der Opfer freier Politik der CDU in der sogenannten „DDR“ widmete.

Zur Eröffnung des Parteitages, an der u. a. die Professoren Woermann und Heimpe (beide Göttingen) teilnahmen, hatten Kaiser und der geschäftsführende Vorsitzende, Dr. Grادل, gesprochen. Grادل warnte im Zusammenhang mit der Frage des europäischen Sicherheitssystems vor „vorläufigen“ Deutschland-Regelungen, die die Spaltung aufrechterhalten. „Alle solche Provisorien“, sagte er, „führen vielleicht nicht ihren Worten, aber jedenfalls ihrem Wesen nach zu

einer unbegrenzten Verlängerung der deutschen Zerrissenheit. Ob sie vom Osten oder vom Westen kommen, sie müssen vom gesamtdeutschen Standpunkt aus abgelehnt werden.“

Auf der Arbeitstagung am Montag sagte Prof. Friedensburg, es werde etwa zwei bis drei Jahre dauern, bis in einem wiedervereinigten Deutschland ein wirtschaftlicher Aufschwung beginnt.

Der legale Hauptvorstand der Exil-CDU setzt sich nach dem Beschluß des Parteitages folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender: Bundesminister Kaiser, 2. Vorsitzender: Ernst Lemmer (MdB), geschäftsführender Vorsitzender: J. B. Grادل, Beisitzer: Ferdinand Friedensburg (MdB), Heinrich Krone (MdB), Bundesminister Tillmanns. Als Vertreter der Landmannschaften: Willy Heller, Germanus Theiß (Brandenburg), Werner Jöhren, Karl-Heinz Kaltenborn (Mecklenbg.), Ernst-Günter Hass, Gotthard Thümer (Sachsen), Hans-Heinrich Kellermann, Anton Miller (MdB) (Sachsen-Anhalt), Georg Grosse, Hans-Joachim Schwarze (Thüringen). Für die Frauen: Hedwig Matuschek, Friede Laupitz, für die Junge Union: Willi Oesterlein, Heinz-Ulrich Korrenke.

Freie Stimme der Sowjetzone

Der folgende Vortrag des geschäftsführenden Vorsitzenden der Exil-CDU, Dr. J. B. Grادل, am 19. Juli im RIAS gibt eine zusammenfassende Würdigung des Parteitages der Exil-CDU in Göttingen.

Unsere eigene, deutsche Verantwortung für die Überwindung der Spaltung unseres Landes steht in diesen Tagen der Genfer Konferenz größer denn je vor unseren Augen. Zwar können wir nichts Unmittelbares tun. Zwar sind wir entscheidend darauf angewiesen, daß die Staatsmänner der vier Konferenzmächte zu rechten Entschlüssen kommen oder sie wenigstens vorbereiten. Aber es ist ein Unterschied, ob wir fatalistisch unser Schicksal der fremden Verantwortung überlassen, oder ob wir unseren Willen laut werden lassen und

mit ihm das Denken der Großmächte zu beeinflussen suchen. Damals, 1945 in Potsdam, konnte man Abmachungen treffen, die von der absoluten Willenlosigkeit des deutschen Volkes ausgingen. Heute sind wir wieder ein Volk, das seinen Willen frei prägen und vernehmbar machen kann.

Kundgebung des Willens

Allerdings gilt das nur für die fünfzig Millionen Deutschen in der Bundesrepublik und in Westberlin. Es gilt nicht für die zwanzig Millionen in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin. Was von dort aus dem Mund der sogenannten staatlichen Organe und politischen Institutionen kommt, das ist nur gelenktes, befohlenes Wort, das heute so, morgen so klingt, aber immer unecht ist.

In diesen Tagen eine freie Stimme der Sowjetzone hörbar zu machen, das war deshalb die eigentliche Aufgabe des Parteitages, den die Exil-CDU in Göttingen abgehalten hat.

Es war kein Parteitag im üblichen Sinne, mit den auf Parteitag notwendigen, aber leidigen Auseinandersetzungen um Kandidaturen und Positionen, um Organisationen und politische Taktik. Die sogenannten Regularien waren in einer Stunde erledigt. Der Parteitag war sowohl in seinen Arbeits-sitzungen wie in der feierlichen Kundgebung in der Göttinger Paulinerkirche eine Kundmachung nationalpolitischen Willens. Die Männer und Frauen, die in Göttingen versammelt waren, hatten alle einmal nach 1945 in der Sowjet-

(Fortsetzung Seite 6)

Zehn Jahre nach Potsdam: Genf

Es hat sich allerhand geändert — Zwischen Aufteilung und Wiedervereinigung

Neben den sachlich-nüchternen Bezeichnungen für die jetzt stattfindende Genfer Konferenz ist hier und da das frühere Modewort „Große Vier“ wieder aufgetaucht. Es war allgemein im Umlauf, als vor zehn Jahren, am 17. Juli 1945, im Potsdamer Cäcilienhof Churchill, Stalin und Truman zu der seither letzten Ost-West-Tagung „auf höchster Ebene“ zusammentraten. Gegen Ende der Konferenz wurde Churchill von

Um Mißverständnissen vorzubeugen, erklärte kürzlich der amerikanische Außenminister Dulles in San Francisco: „Wir werden es in Genf keinesfalls darauf anlegen, als eine Art Weltdirektorium zu fungieren, das sich das Recht nehmen würde, das Schicksal anderer zu bestimmen. Wir werden vielmehr versuchen, so vorzugehen, daß alle direkt betroffenen Nationen ihre jeweiligen Ansichten und Rechte voll geltend machen können.“ Hier hat sich also schon allerhand geändert.

Großer Abstand

So groß auch der Abstand zwischen Potsdam 1945 und Genf 1955 sein mag, so gibt es doch zwischen den beiden Zusammenkünften eine Verbindung in der politischen Problematik, der Aufgabe und der Verantwortung. Durch die Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam sollten die Gerechtigkeit zum Sieger gemacht, eine stabile Weltordnung geschaffen und der Frieden auf eine lange Dauer, wenigstens auf 50 Jahre, gesichert werden. Keines von diesen damals proklamierten Zielen wurde erreicht. Dem zweiten Weltkrieg folgte nicht eine bessere Weltordnung, sondern neue Verwirrung, neue Ungerechtigkeiten, eine Ausdehnung der Gegensätze über das Ganze des Erdballes.

Die Teilungspläne

Die Zusammenkünfte der drei Regierungschefs in Teheran, Jalta und Potsdam waren Höhepunkte in den Anstrengungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion, ihre militärischen Operationen zu koordinieren. Deutschland auf lange Zeit hinaus zu entmachten, das Bündnis der Großmächte zu stabilisieren und dem Völkerbund einen erfolgreicherer Nachfolger in Gestalt der Vereinten

Attlee abgelöst, der nach einem Labour-Wahlsieg die britische Regierung übernehmen hatte. Damals gab es nur drei „Große“ in der Konferenzfolge Teheran, Jalta, Potsdam. Der Begriff „Große Drei“ oder „Große Vier“ sollte wohl eine Verbindung von Macht, Schiedsrichteram und weltpolitischer Verantwortung versinnbildlichen. Weder fragte man die Besiegten noch die Neutralen.

Nationen zu geben. Über die Errichtung der Vereinten Nationen, die Landung der amerikanischen und britischen Truppen in Frankreich, die Beteiligung der Sowjetunion an dem Krieg gegen Japan und über den Grundsatz, das deutsche Volk für die Zerstörungen und Vernichtungen des zweiten Weltkrieges büßen zu lassen, wurde eine Übereinstimmung erreicht. Da die Sowjetunion nicht daran dachte, die 1939 in der Zeit der Zusammenarbeit Stalins mit Hitler vor ihr annektierten ostpolnischen Gebiete wieder herauszugeben, beschloß man, den polnischen Staat nach Westen zu verschieben. Dagegen konnte man sich nicht über die polnische Westgrenze einigen.

Immer wieder ist man von neuem erschüttert, wenn man nachliest, wie die „Großen Drei“ auf den Konferenzen von Teheran und Jalta das Seziersmesser ansetzten, um die Landkarte von Deutschland kreuz und quer zu zerschneiden. Churchill ging von dem Gedanken aus, Preußen zu verkleinern und zu isolieren und die süddeutschen Länder mit Österreich und Ungarn zu einem Donauebund zusammenzuschließen.

Ein Plan Roosevelts in Teheran sah vor, Deutschland in fünf Gebiete zu zerlegen und die Ruhr, die Saar, Hamburg und Kiel den Vereinten Nationen zu unterstellen, Stalin opponierte gegen den Donauebund-Gedanken. Es sei besser, die deutschen Stämme zu zersplittern. Ja, Stalin, der von der Ostpropaganda als ein Beschützer der deutschen Einheit hingestellt worden ist, äußerte in Jalta, wie Churchill berichtet, er sehe in dem deutschen Streben nach Wiedervereinigung eine große Gefahr, der man mit wirtschaftlichen Maßnahmen begegnen müsse und auf die Dauer nötigenfalls mit Gewalt. Das sei der einzige

Weg zur Erhaltung des Friedens.

Die Oder-Neiße-Linie war von vornherein ein Versuch Stalins, ein Fait accompli zu schaffen. Die Westmächte hatten sich in Jalta bereit erklärt, den Polen alle von ihnen gewünschten Gebiete östlich der Oder zuzuteilen. Aber sie wandten sich gegen die weitergehende Forderung nach einer Grenzziehung an der westlichen Neiße. Insbesondere Churchill hat wiederholt betont, daß nur das östliche Ufer der Oder und die östliche Neiße von ihm als Grenze in Betracht gezogen worden seien. In Potsdam mußten die Westmächte nun feststellen, daß Stalin das ganze deutsche Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie, ohne Frankreich und Großbritannien zu befragen, polnischer Verwaltung unterstellt hatte. Ihr Protest gegen die einseitige Handlungsweise der Sowjets ist wenigstens insofern wirksam geworden, als dem Potsdamer Abkommen zufolge die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.

Anfang der Einsicht

So schwer heute noch die Hinterlassenschaft von Teheran, Jalta und Potsdam auf Deutschland und Europa lastet, so sind doch aus den Fehlern von 1945 starke Impulse für Versöhnung, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe erwachsen. Auch zeugt bereits die Geschichte der drei Konferenzen von den Erfolgsaussichten der deutschen Forderung nach Wiedervereinigung. Während in Teheran und Jalta alle drei Verhandlungsteilnehmer eine Aufteilung Deutschlands wünschten, meldete sich im Potsdamer Abkommen der Anfang einer Einsicht, daß es notwendig ist, dem deutschen Volk den Weg zu seiner Einheit freizugehen.

Westdeutscher Erfolg auf Posener Messe

Stärkster Zulauf, aber die Staatszentralen treten kurz

Fosen (Eigenbericht). Zum ersten Male seit Kriegsende wurden in Polen westdeutsche Erzeugnisse auf einer Messe gezeigt. Auf der Posener Messe vom 3. bis 23. Juli waren über 40 westdeutsche Firmen vertreten. Da diese Messe überwiegend einen Ausstellungscharakter trägt, haben rund 600 000 Polen aus allen Teilen des Landes das Gelände besucht.

Die Halle VI, in der die deutschen Aussteller geschlossen untergekommen sind, war unbestritten die am stärksten besuchte. Tag für Tag stauten sich die Besucher vor allem vor den Ständen deutscher Verbrauchsgüter. Uhren und Fotoapparate, Küchengeräte, Rundfunkempfänger und Fernsehgeräte erregten das allgemeine

Interesse der Polen. Qualität und Form hoben sich sichtbar von den einheimischen Erzeugnissen und von denen des Ostblocks ab. Den stärksten „Zulauf“ hatte jedoch eine große Rasierklingenfabrik, die auch Trockenrasierapparate ausstellt. Hier kam es förmlich zu bedrohlichen Szenen auf dem deutschen Stand, da die Polen schon aus der Vorkriegszeit gewöhnt waren, deutsche Klingen zu gebrauchen. Die in Polen feilgebotene Ware soll sehr schlecht sein, so daß man sich nach deutschen Erzeugnissen sehnt. Die kleine deutsche Ausstellung wurde zu einer wahren Demonstration für deutsche Gebrauchsgüter — ein Ergebnis, das die Aussteller selbst nicht in dem Umfange erwartet hatten.

Die Aussteller können allerdings den Warenhunger der Polen nicht befriedigen. Als Käufer kommen ausschließlich die staatlichen Einkaufszentralen in Frage. Private Handelsfirmen gibt es in Polen ohnehin nicht mehr. Die Staatszentralen treten jedoch beim Einkauf von Gebrauchsgütern außerordentlich kurz. Sie wünschen von der Bundesrepublik möglichst Investitionsgüter aller Art. Aussteller, die Maschinen, Baugeräte, landwirtschaftliche Geräte und Baustoffe anbieten konnten, werden aus Polen mit vollen Auftragsbüchern zurückkommen. Eine andere Frage ist es, ob die Aufträge auch realisiert werden können, denn das deutsch-polnische Verrechnungskonto droht überzogen zu werden.

Freie Stimme der Sowjetzone

Fortsetzung von Seite 4

zone politische Verantwortung getragen, als Abgeordnete, als Bürgermeister, als politische Delegierte ihrer Partei — so lange, bis ihnen die Eingriffe der sowjetischen Administration und später des gleichgeschalteten kommunistischen Regimes keinen anderen Ausweg mehr ließen, als in die politische Emigration zu gehen.

Eindringliche Warnung

Es ist selbstverständlich, daß die Referate des Parteitages von dem Genfer Geschehen wesentlich bestimmt waren. Der Welt ist auch auf diesem Wege noch einmal gezeigt worden, wie groß die Bedeutung der Wiedervereinigung für uns, aber nicht nur für uns, sondern auch für die Welt selber ist. Sie ist in dem Referat von Ernst Lemmer eindringlich gewarnt worden, nach dem zweiten Weltkrieg nicht denselben Fehler im Kerngebiet Europas zu wiederholen, der nach dem ersten Weltkrieg schon in so verhängnisvoller Weise begangen worden ist.

Heute ist man weithin darüber einig, daß es eine Torheit war, die sozusagen überstaatliche Völkergemeinschaft Österreich-Ungarns aufzulösen. Was in leidlicher Ordnung war, wur-

de von da an ein Gebiet ständiger Spannung und politischen Kampfes der Umwelt. Es gehört wirklich nicht viel Phantasie dazu, sich die Zerstörung des europäischen Gleichgewichts vorzustellen, mit ihren schlimmen Folgen für die Dauer, wenn die Wiederherstellung der staatlichen Einheit in deutschen Bereich nicht gelänge.

Was Lemmer unter politischen Gesichtspunkten behandelte, zeigte Ferdinand Friedensburg in wirtschaftlicher und der ehemalige Bürgermeister von Leipzig, Ernst Eichelbaum, in geistiger Hinsicht.

Die andere Aufgabe des Parteitages war die Kennzeichnung der tatsächlichen Situation in der Sowjetzone. Das geschah nicht in den lauten Worten des Kalten Krieges, sondern bei aller leidenschaftlichen Anteilnahme doch in nüchterner Klarheit.

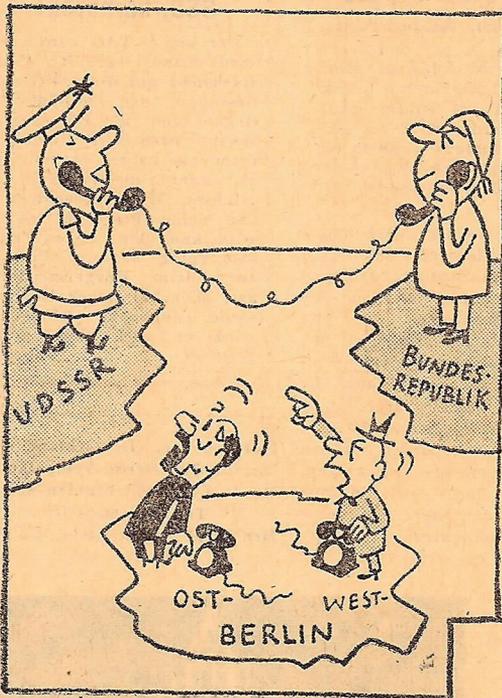
Um so größer war die Bewunderung, die der Parteitag dem ungebrochenen inneren Widerstand der Sowjetzone zollte. Größer als das sogenannte Wirtschaftswunders der Bundesrepublik ist das Wunder, daß die Deutschen in der Zone nun schon im zehnten Jahr der inneren Gleichschaltung widerstehen und den Kommunismus

dadurch auf das Äußere, auf die politische und wirtschaftliche Apparatur beschränken. Peter Bloch und Robert Tillmanns haben um so eindringlicher der Erwartung der zwanzig Millionen Ausdruck gegeben. So ergab es sich als Selbstverständlichkeit, daß Jakob Kaiser in seinem Vortrag die Überlegungen eben auf die Verantwortung konzentrierte, die jene fünfzig Millionen Deutschen haben, die das Glück haben, wieder einen freien Willen geltend zu machen.

Zwei Feststellungen

In zwei elementaren Feststellungen lassen sich die Arbeiten des Göttinger Parteitages der Exil-CDU zusammenfassen. Die eine: daß den Deutschen in der Zone das System der Pankower Machthaber nicht mehr lange zugemutet werden darf — aus Gründen der Menschlichkeit, der Freiheit der Demokratie nicht mehr, und auch aus Gründen der Sicherung des Friedens nicht. Die andere: daß nicht nur für unser Volk, sondern für die ganze Welt ein unvorstellbarer Auftrieb zu allgemeiner Entspannung und Aufwärtsentwicklung ausgelöst würde, wenn uns Deutschen der Weg zu freier staatlicher Einheit freigegeben würde. Gebe Gott, daß Genf dazu den erlösenden Beitrag leistet.

Telefonverbindungen



„Los, er ist doch sonst immer dein Vorbild!“

Doppelt so schnell wie der Schall

Washington (AP). Der neue amerikanische Düsenjäger XF 104 fliege doppelt so schnell wie der Schall und habe Geschwindigkeiten von über 2250 Kilometer in der Stunde erreicht. Dies berichtet die „American Aviation Daily“. Eine gleichzeitig veröffentlichte Zeichnung zeigt die XF 104 als ein verhältnismäßig kleines Flugzeug mit kurzen, stumpfen Flügeln von knapp sieben Meter Spannweite.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorfpfatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stündlicher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Düsseldorf erhält Großflughafen

Düsseldorf (DPA). Düsseldorf soll den größten und modernsten europäischen Flughafen bekommen.

Wie der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Dr. Middelhaue vor der Presse mitteilte, wird der Flugplatz Düsseldorf-Lohausen vom Frühjahr 1956 an mit einem Aufwand von 50 bis 60 Millionen DM innerhalb von 15 Jahren stufenweise ausgebaut. Middelhaue sagte, es gebe in Europa kaum einen Flugplatz, der so nahe an dem Verkehrszentrum liege, für das er gebaut worden ist, wie Düsseldorf-Lohausen. In der Nähe der Eisenbahnstrecke, die — in Zukunft elektrisch — das Ruhrgebiet mit Düsseldorf und Bonn verbindet, werden neue Abfertigungsbauwerke und ein Bahnhof der Bundesbahn entstehen.

Tauwetter in Sicht



Es kann gar nicht warm genug sein!

Zum Uranrausch reicht es nicht

Schwarzwald liefert Rohstoff für deutsche Atommeiler

Stuttgart (RP-Sonderbericht). Die Stunde X für den westdeutschen Uranbergbau ist nicht mehr fern. Nachdem die Bundesrepublik die wissenschaftliche Atomforschung in beschränktem Umfang wiederaufgenommen hat und die baldige Aufstellung des ersten Atommeilers erwartet werden darf, ist auch die Frage der Beschaffung des wichtigen Rohstoffs Uran in ein akutes Stadium getreten. Die geologischen Forschungen der letzten Jahre haben zunächst zwei Uranlager im Bereich der Bundesrepublik lokalisiert.

Es sind die Vorkommen im Fichtelgebirge und im Schwarzwald. Da die Grenzfläche des Fichtelgebirges den Abbau der dortigen Lager kaum zuläßt, konzentriert sich das Interesse der Uransucher auf den Schwarzwald.

Das Zentrum des künftigen Uranbergbaus liegt in der Umgebung des ehemaligen Klarisinnenklosters Wittichen, im Klosterbachtal, einem engen Seitental der Kinzig.

Nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen der Badischen Geologischen Landes-

anstalt sind die Vorkommen nicht so bedeutend, daß es zu einem Uranrausch kommen wird. Immerhin werden die Lager ausreichen, um die deutsche Atomforschung mit dem notwendigen Kernbrennstoff zu versorgen. Wann die Stunde des westdeutschen Uranbergbaus schlagen wird? Die zuständigen Behörden hüllen sich darüber in Schweigen. Vielleicht darf man daraus schließen, daß der Tag nicht mehr fern sein wird.

Hitze dehnt Schienen

Hamburg (DPA). Durch die ungewöhnlich starke Hitze wurde einen Tag lang der Hamburger Hochbahnverkehr auf der Strecke Jungfernstieg — Ochsenzoll zum Teil lahmgelegt.

Zwischen der Endstation Ochsenzoll und der nächstfolgenden Station Langenhorn-Nord dehnte sich ein Gleis um dreißig Zentimeter aus. Da sich dadurch die Schienen stark verzogen, mußte die Hochbahn den Verkehr auf dieser Strecke sperren.

Neue Kaiser-Friedrich-Kirche

Berlin (Eigenbericht). Im Westberliner Hansaviertel wird die historische Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche neu errichtet. Das alte Gotteshaus, ein Bau im neugotischen Stil des vorigen Jahrhunderts, war im Krieg zerstört worden. Die Vorarbeiten für den Neubau haben bereits begonnen.

Der kühne Entwurf (Bild rechts) stammt von Professor Ludwig Lemmer. Die Kirche wird sich der modernisierten Umgebung, wie sie zur Internationalen Bauausstellung entstehen wird, anpassen. Die Zeit des Kopierens historischer Baustile der Vergangenheit für den Kirchenbau ist in der freien Welt vorbei.

Das Beherrschende an dieser Kirche wird der aus verschiedenen Rippen und Säulen gefügte Turm sein. Auf seinem 53 Meter hohen Podest schließt sich der Beton wie zu gefalteten Händen, aus denen ein zehn Meter hohes Kreuz in den Himmel wächst. Später soll es angestrahlt werden, um die Wirkung zu erhöhen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Telefon: 66 54 31,
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

